



Pressemitteilung

Gabriele Schmidt MdB bedankt sich mit einer „Pflegefahrt“ nach Berlin bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ambulanter und stationärer Pflegeeinrichtungen aus ihrem Wahlkreis

Die CDU-Bundestagsabgeordnete hat Pflegekräfte aus ihrem Wahlkreis zu einer politischen Fahrt in die Bundeshauptstadt eingeladen. „Es war mir ein besonderes Anliegen, gerade Pflegekräfte nach Berlin einzuladen. Die Beschäftigten in den ambulanten und stationären Einrichtungen leisten jeden Tag einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.“ Das Thema Pflege steht für die Sozialpolitikerin ganz oben auf der Aufgabenliste.

In einem Informationsgespräch im Bundesministerium für Gesundheit hatten die Praxiserfahrenen Gelegenheit, konkrete Fragen zu stellen und aus ihren Erfahrungen zu berichten. Gefordert wurde u.a. eine bessere Entlohnung der Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen und eine Leistungsabrechnung nach Zeit anstatt nach Modulen. So gäbe es beispielsweise kein Modul für „Haarpflege“ und damit keine Vergütung. Die Beschäftigten wünschten sich mehr Flexibilität anstatt Bürokratie, um den Bedürfnissen der Menschen besser gerecht werden zu können. Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit müssten aus Sicht der Basis mehr in Einklang gebracht werden. Angesprochen wurde auch die geplante einheitliche Ausbildung in der Alten-, Kranken und Kinderpflege. Ein weiteres Thema war die mobile Rehabilitation, die aufgrund der Distanzen auf dem Land kaum umsetzbar bleibt. Auch würden die jährlichen Prüfungen der Heimaufsicht und des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) eine Doppelbelastung darstellen. Positiv wurde das neue Dokumentationsmodell zur Entbürokratisierung in der Pflege aufgenommen. In einem Schreiben an Pflegeeinrichtung in ihrem Wahlkreis hat Gabriele Schmidt bereits für das vereinfachte Modell geworben.

Auf dem Programm der viertägigen Reise standen außerdem ein Besuch im Bundeskanzleramt, ein Ausflug nach Potsdam und ein Informationsgespräch in der Landesvertretung Baden-Württemberg.